

28. APR. 1965

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/79

Bonn, den 27. April 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 3	Im Kampf für die Gemeinsamkeit	160

Zum 1. Mai 1965

Von Willy Brandt,

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

4	Gute Innenpolitik bleibt wichtig	19
---	----------------------------------	----

Trotz verwirrender aussenpolitischer Nachrichten

4	Unguter Auftakt	25
---	-----------------	----

Rückkehr zur Politik Stalins ?

5	Der Höhenflug des Herrn Barzel	43
---	--------------------------------	----

Dauerlauf auf einem Bein

6	Schauplatz Lateinamerika	42
---	--------------------------	----

Rotchinesische Agenten aus Brasilien ausgewiesen

Im Kampf für die Gemeinsamkeit

Zum 1. Mai 1965

Von Willy Brandt,
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Das Rad der Geschichte dreht sich, und fast alles ist anders geworden seit jenem 1. Mai 1890, an dem zum erstenmal in Deutschland Arbeiter für ihre "volle soziale Gleichberechtigung" demonstrierten. Es ist kein Ruhmesblatt, dass der 1. Mai 1965 zwar im gemeinsam erarbeiteten Wohlstand begangen werden kann, aber im Grunde immer noch den gleichen Sinngehalt hat wie vor 75 Jahren.

Die "volle soziale Gleichberechtigung" der Arbeitnehmer fordert der Deutsche Gewerkschaftsbund in seinem Mai-Aufruf 1965. Und seit 1890 geht es um nichts anderes als darum, dass der Arbeitnehmer vollgültig in Staat und Wirtschaft mitwirkt, dass diese Mitwirkung gewürdigt und gesichert wird, dass der Arbeitnehmer volle gesellschaftliche Anerkennung findet.

Nur dann wird unser Staat seine Aufgabe erfüllen können, wenn er die rückhaltlose Zustimmung der deutschen Arbeitnehmer findet. Breite Schichten unseres Volkes können die staatliche Ordnung noch nicht als ihre Heimat empfinden; so lange ihre elementaren Bedürfnisse nicht genügend berücksichtigt oder nicht einmal richtig anerkannt werden.

Am härtesten werden wohl die zurückgestossen, die sich um ihre Gesundheit Sorge machen. Ihnen antwortet man, mehr als heute schon getan werde, könne man nicht tun. Jeder aber müsste wissen, dass heute nur die wenigsten imstande sind, aus eigener Kraft all das zu tun, was für die Erhaltung der Gesundheit notwendig ist. Für alle, die im harten Arbeitsleben von heute stehen, müssen der verantwortungsbewusst geführte Staat und seine Sozialordnung die Mittel und Möglichkeiten bereitstellen, die ihnen erlauben, sich des Verschleißes ihrer Gesundheit zu erwehren.

Gerade dies muss zum 1. Mai gesagt werden: Dass mehr Geld und mehr Geist in die Erforschung der Krankheiten gesteckt werden müssen, die ihre Ursache in unserer höchtechnisierten Zivilisation und im gegenwärtigen Arbeitstempo haben. Dass mehr Krankenhausbetten in zeitgemässen Krankenhäusern geschaffen werden müssen. Dass Ärzte und Krankenschwestern in den Stand gesetzt werden müssen, ihre schweren beruflichen Pflichten volllauf und auch in für sie selbst befriedigender Weise zu erfüllen.

Es muss allgemeine Erkenntnis werden, dass alles, was für die Gesundheit jedes einzelnen getan wird, zur sozialen Investition gehört und sich in der Zukunft bezahlt macht. Wer hier sparen will, spart am falschen Ende, verschlechtert den allgemeinen Gesundheitszustand, steigert die Angst vor Krebs und Herzinfarkt und Berufskrankheiten. Die Angst aber entfremdet den Menschen dem Staat und der Gemeinschaft.

Eine Staatsführung in unserer Zeit muss genau so willens und fähig sein, die Lebensangst vom Menschen zu nehmen, wie sie Gesundheit und Wohlbefinden der Bürger schützen können muss. Geschieht das heute in ausreichendem Masse? Wartet nicht ein wahres Übermass an Arbeit auf den, der endlich einmal unsere Verkehrsverhältnisse in Ordnung bringt?

Neben der Gesundheit und im Zusammenhang mit ihr ist der Verkehr zu einer der dringlichsten sozialen Fragen von heute geworden. Denn hat man

es nicht so weit kommen lassen, dass der Strassenverkehr in Gefahr ist, den Charakter seiner Nützlichkeit zu verlieren und zu einer unmittelbaren Bedrohung für den Menschen zu werden? Jahr für Jahr geht die Zahl der Menschen, die den Zufallstod auf unseren Strassen sterben, in die Zehntausende. In die Hunderttausende geht die Zahl derer, die verletzt und verkrüppelt werden. Das ist eines Kulturstaates nicht würdig. Das Empörende an diesem gewaltsamen Verletzen und Töten von Menschen aber ist, dass dessen Ursachen nur in zweiter Linie in individuellem menschlichem Versagen und in erster Linie im tragischen Versagen derer liegt, die mit der politischen Verantwortung betraut waren. Noch heute stehen sie diesem Problem fremd und hilflos gegenüber. In all den vergangenen Jahren hat die Kraft zu einer grosszügigen Modernisierung des Verkehrswesens gefehlt. Im Gegenteil, die Dörfer und Städte, in denen die Menschen wohnen, wurden beim Strassenbau finanziell im Stich gelassen.

Die Sozialdemokratie hat von Anfang an zum Ziel gehabt, den Menschen vor Unrecht, Bedrohung und Gewalt zu schützen. Das lebensgefährliche Chaos auf unseren Strassen ist eine Auswirkung unsozialen Verhaltens, das bekämpft, wenn nötig, radikal bekämpft werden muss. Die Bändigung dieses Chaos ist eine Kulturaufgabe hohen Ranges, an deren Erfüllung mit besten Kräften gearbeitet werden muss.

Vom sozialen Willen und vom politischen Können hängt es ab, was in einem Staate und mit einem Volke erreicht wird. Wir haben in harter Arbeit und durch Zusammenwirken einen Lebensstandard erreicht, der sich sehen lassen und der gesteigert werden kann. Wir sind durchaus in der Lage, uns Problemen zuzuwenden, die den Kern der Menschenwürde betreffen.

Wir sind in der Lage, der Existenz des einzelnen und seiner Familie durch Eigentumbildung einen Rückhalt zu geben, den das Einkommen allein nicht zu bieten vermag. Sogar traditionelle Rückwärtsdenker haben inzwischen eingesehen, dass Vermögen auch in den Händen des Arbeitnehmers heute keine Utopie mehr ist. Wer gewillt ist, Deutschland als Sozialstaat zum nachahmenswerten Beispiel zu machen, der weiss, wie es zu schaffen ist.

Und Deutschland zum guten Beispiel zu machen, dafür darf uns nichts zu teuer sein. Selbstverständlich ist die Steigerung des Wirtschaftsertrages die Voraussetzung und die Erhaltung der Stabilität unserer Währung eine Grenze aller Vorhaben. Ebenso selbstverständlich ist, dass keinerlei bürokratische Bevormundung das Wachsen der Wirtschaft beeinträchtigen darf. Aber andererseits darf die Wirtschaft nie Selbstzweck sein, sondern muss sich als Dienerin des Ganzen bewähren. Über diese Grundsätze dürfte es zwischen der Sozialdemokratie und den verantwortlich Wirtschaftstreibenden keine Meinungsverschiedenheiten geben.

Für die Verbundenheit zwischen SPD und führenden Kräften der Wirtschaft gibt es eine Reihe von Beispielen. Hier sei nur eins genannt, das in diesen Tagen vor aller Augen steht. Gemeint ist die Hannover-Messe, die selbst ein erfolgreiches Unternehmen ist und den verschiedenen Wirtschaftszweigen Impulse gibt. Dies Messe-Unternehmen wirkt in einer sozialdemokratisch geführten Stadt. Und diese Stadt ist die Hauptstadt eines SPD-regierten Landes. Dieses Land und diese Stadt haben dazu beigetragen, die Hannover-Messe zu dem zu machen, was sie geworden ist. Viele andere Beispiele liessen sich dafür anführen, das Gerücht von einem Zwiespalt zwischen SPD und Wirtschaft zu widerlegen.

Vor fast einem halben Jahrzehnt haben wir Sozialdemokraten die deutschen Gemeinschaftsaufgaben formuliert, und seit dieser Zeit mahnen wir ihre Erfüllung an. Gemeinschaftsaufgaben sind das, was dem Ganzen nützt und was zur Erhaltung des Ganzen erforderlich ist. Eine Gemeinschaftsaufgabe ist die Hebung des Bildungsniveaus. Eine Gemeinschaftsaufgabe ist

der Schutz unserer älteren Mitbürger vor Not und Vereinsamung. Eine Gemeinschaftsaufgabe ist die Erneuerung unserer Städte und Gemeinden. Gemeinschaftsaufgaben sind die grossen sozialen Projekte, die dem einzelnen dienen, aber nicht vom einzelnen bewältigt werden können.

Die Gemeinschaftsaufgaben erfüllen, heisst, die soziale Frage der Gegenwart lösen. Erst wenn die Gemeinschaftsaufgaben erfüllt sind, wird der einzelne, wird seine Familie, wird der Staat auf einer festen Grundlage stehen. Privater Wohlstand und öffentlicher Wohlstand sind zwei Seiten einer Medaille.

Erfüllte Gemeinschaftsaufgaben bedeuten breiten, gemeinsamen Wohlstand. Einkommen und Eigentum sind das erste, soziale Sicherungen sind das zweite, erfüllte Gemeinschaftsaufgaben sind das dritte Kapital; es gehört keinem allein und bedeutet Vermögen für alle. Der Blick auf das Ganze muss zur Richtschnur der Politik werden. - Erfüllte Gemeinschaftsaufgaben bringen uns die reformierte Gemeinschaft, die innerlich gefestigt und auch ausseren Stürmen gewachsen ist. Darin besteht der Zusammenhang mit der Wiedervereinigung der deutschen Einheit.

Wir können uns nur freuen, wenn andere heute bei sozialdemokratischen Grundvorstellungen kleine Anleihen machen. Wenn Leute, die sonst trauernd den guten alten Zeiten nachhängen, plötzlich auch die Zukunft gestalten möchten. Weil sie wissen, dass sie auf dem Rückzug sind, möchten sie sich unser Profil aneignen. Aber dabei können sie ihr Gesicht verlieren.

Das Gemeinschaftsdenken ist unsere Tradition. Die Gemeinschaft ist ein Ziel, das wir immer angestrebt haben. Es bedeutet, dass es keine Bürger zweiter Klasse mehr geben wird. Der Arbeiter und der Arbeitnehmer überhaupt müssen sich einfühlend fühlen können mit dem Staat. Koch haben sie nicht den gesellschaftlichen Status, der ihnen in der modernen Wirklichkeit zukommt.

Oder findet der deutsche Facharbeiter tatsächlich die gesellschaftliche Anerkennung, auf die er Anspruch hat? Viele unsichtbare Schranken enghen seinen Aufstieg ein, belasten ihn und seine Familie mit Vorurteilen und erschweren es ihm, sich ganz in unserer gesellschaftlichen Ordnung heimisch zu fühlen. An ihn werden vielfach Anforderungen gerichtet, wie man sie an einen Techniker stellt. Er hält die Räder der industriellen Zivilisation in Schwung. Seine Kenntnisse und seine Fähigkeiten müssen so eingesetzt, und seine Persönlichkeit muss so gewertet werden, wie sie es verdienen. - Der Weg vom Lohnsklaven zum Wirtschaftsbürger ist von der Sozialdemokratie gelehrt worden. Sie wird auch dafür sorgen, dass jeder seine Chance bekommt. Sie wird die Gemeinschaftsaufgaben erfüllen und Deutschland nach vorn bringen. Das ist ihr Ziel, von dem sie sich nicht abbringen lassen wird.

An diesem 1. Mai 1965 ist es aber auch bitter nötig, darauf hinzuweisen, dass die grossen Ziele der deutschen Politik um so eher verwirklicht werden können, je mehr Gemeinsamkeit erzielt werden kann. Unterschiede und Gegensätze dürfen nicht verschwiegen und begraben werden. Aber vor es angesichts der Lage Deutschlands ablenkt, soviel Einigkeit wie möglich im Hinblick auf das Ganze anzustreben, der schadet unserem Volk. Machtgier und Streben nach Vorrechten haben die Weimarer Republik untergraben. Die Bundesrepublik darf nicht daran scheitern, dass das Gemeinschaftsdenken behindert und verfälscht wird. Kräfte, die nicht willens sind, der Forderung nach Gemeinsamkeit nachzukommen, die nicht einmal mehr fähig sind, sich ernsthaft mit dem Verlangen nach mehr Konzentration auf das Gemeinwohl auseinanderzusetzen, solche Kräfte haben den Blick für das Ganze verloren und müssen abgelöst werden. Die SPD kämpft um gesunde, konstruktive Gemeinsamkeit.

Gestützt auf ihre Tradition und im Vertrauen auf ihre wachsende Kraft soll die Sozialdemokratische Partei Deutschlands den Platz freimachen für eine Regierung, die Sinn hat für die Lebensfragen der Nation, für den Geist dieser Zeit und für die Notwendigkeit, alle guten Kräfte unseres Volkes zusammenzuführen.

Gute Innenpolitik bleibt wichtig

Trotz verwirrender außenpolitischer Nachrichten

sp - Es ist verständlich, daß viele Bürger unseres Landes angesichts der verwirrenden außenpolitischen Nachrichten, mit denen in diesen Tagen die ersten Zeitungsseiten angefüllt sind, weniger auf die Ordnung im Innern des eigenen Hauses, der Bundesrepublik, achten. Anlaß zu Besorgnissen über das Entstehen neuer bewaffneter Konflikte an irgendeinem Punkt der Welt sind durchaus gegeben. Die Bundesrepublik ist keine Großmacht. Sie kann infolgedessen im Konzert der Mächte, deren Kontroversen heute das Bild der internationalen Politik bestimmen, eine nur unwesentliche Rolle spielen. - T r o t z d e m hat die Politik der Bundesrepublik unverändert zwei wichtige Aufgaben: Sie muß erstens auf der Seite des Rechts und der Freiheit stehen, weil beides unteilbar ist und weil eine Verletzung von Recht und Freiheit an irgendeinem Punkt der Welt auch unmittelbar das Schicksal des deutschen Volkes beeinträchtigt. Die Bundesrepublik muß zweitens im Innern wirtschaftlich und sozial gefestigt sein, denn nur so wird sie den trotz ihrer geringen Größe zufallenden Aufgaben auch in der internationalen Politik gerecht werden können. Deshalb bleibt nach wie vor die Innenpolitik in Deutschland trotz der verwirrenden Nachrichten über die Geschehnisse in der Welt der Maßstab für ihre Zuverlässigkeit und Standfestigkeit.

Unguter Auftakt

Rückkehr zur Politik Stalins ?

sp - Hart ist es im UNO-Abrüstungsausschuß, der seit 1960 wieder zum erstenmal zusammentrat, zugegangen. Der sowjetische Chefdelegierte Pederenkow machte zwar keine neuen Vorschläge zur Abrüstung; diese hatte auch niemand erwartet - statt dessen feuerte er von Verdächtigungen und Schlägigkeiten gespickte propagandistische Breitseiten gegen die USA und die Bundesrepublik; hier klangen Töne an, die seit langen nicht mehr gehört wurden. Ist es die Rückkehr zur Politik Stalins? fragte der amerikanische Chefdelegierte Stevenson. Er blieb seinem russischen Gegenpart die Antwort nicht schuldig, und für die Entschiedenheit, mit der er die Bundesrepublik verteidigte, verdient er aufrichtigen Dank. Die unqualifizierten Angriffe Pederenkows und des Ausmaß geradezu ungeheuerlicher Unterstellungen lassen für die kommenden Tage Ungutes befürchten. Offensichtlich liegt es in der Linie der sowjetrussischen Deutschlandpolitik, die Bundesrepublik vor aller Welt zum Sündenbock abzustempeln, offensichtlich glaubt Moskau vor dem Hintergrund des Konfliktes mit China in einen Wettlauf mit Radikalismus und Intransigenz eintreten zu müssen. Es will beweisen, daß es im Kampf gegen den "amerikanischen und deutschen Imperialismus" in nichts zurücksteht und hier dem kommunistischen China nicht den Vorrang überlassen will. Inwieweit sich hinter dem wüsten Auftreten Pederenkows eine veränderte russische Haltung im Sinne einer Verschärfung vermuten läßt, bleibt wohl offen. Jedenfalls werden jene Krenlastrologen widerlegt, die annehmen, der Konflikt mit China würde Moskau in den großen Fragen der internationalen Politik zur Mäßigung und zum Einlenken veranlassen. Das Gegenteil scheint der Fall zu sein.

Der Höhenflug des Herrn Barzel

Dauerlauf auf einem Bein

WAR - "Ich bin für europäisch-atlantischen Dauerlauf ... Die Schrittmacher sind die Fußkranken, die übriggebliebenen des Denkens einer Zeit vor zwei Weltkriegen ..."

Herr Barzel liebt rhetorische Floskeln; der Beifall seiner Zuhörer ist ihm gewiß. Das mag vieles, wenn auch nicht alles, entschuldigen. Aber, mit diesen Worten gefährdet er die Passierscheinabkommen und damit die zur Zeit einzige Möglichkeit, daß die Menschen aus beiden Teilen der Hauptstadt sich für kurze Zeit zusammenfinden.

Herr Barzel begibt sich damit auf die politische Ebene von dem Oppositionsführer der Berlin-CDU, Herrn Amrehn, der bekanntlich von solchen Vereinbarungen nichts hält, was ihn allerdings nicht hindert, von den "kleinen Schritten" praktischen Gebrauch zu machen und seine Tante in Ostberlin zu besuchen. Das "Neue Deutschland" vom 7. November 1964 wußte davon ironisch zu berichten. Niemand wird Herrn Amrehn den Besuch streitig machen, bitte, dann soll die Berliner CDU aber aufrichtig genug sein, und Barzels Phrasen zurückweisen.

Wenn sich Herr Barzel für den Dauerlauf entschieden hat, so sei die bescheidene Frage erlaubt, wie soll er durchgeführt werden? Die atlantische Gemeinschaft ist nicht in der Lage, empfohlene Dauerläufe mitzumachen; und was die europäische Solidarität auf diesem Gebiet angeht, nun, da frage Herr Barzel einmal seine Unionskollegen Dr. Jäger, Majonica und Adenauer, die in dieser Sicht recht deprimierende Klageklänge vernahmen lassen. Der Dauerläufer ist somit gezwungen, auf einem Bein sein Startloch auf dem Berliner CDU-Parteitag zu graben - und da wird er auch steckenbleiben. Für die Politik ist nicht interessant, zu welchem Höhenflug Herr Barzel sich entscheidet, das haben andere vor und mit ihm erfolglos getan. Wichtig ist, welche Bedingungen vorhanden sind, die Lage zu ändern.

Zur "Neuorientierung" möchten wir aber Herrn Barzel einen Artikel in der "Rheinischen Post" vom 26. April 1965 empfehlen, also einem Organ, das bestimmt nicht im Verdacht steht, der SED nahezustehen. Es heißt dort u.a.:

- * "Auch wir müssen nach neuen Richtpunkten Ausschau halten. Zu-
- * vermüssen wir den Abschied von unseren Illusionen vollzie-
- * hen: Von der Illusion, daß die Zone mit ihrem kommunisti-
- * schen Regime nicht da sei, daß Moskau über Nacht seine Zu-
- * stimmung zur deutschen Wiedervereinigung geben könnte ...
- * Es ist zu begrüßen, wenn die Wunschvorstellungen aufgege-
- * ben werden. Aber es wäre verhängnisvoll, sollten sie durch
- * neue Wunschvorstellungen ersetzt werden ..."

Schauplatz Lateinamerika

Rotchinesische Agenten aus Brasilien ausgewiesen

sp - Vor knapp einem Jahr wurden durch die brasilianische Polizei neun Rotchinesen - Mitarbeiter von Handelsmissionen und der chinesischen Nachrichtenagentur MCNA - verhaftet. Im Dezember 1964 wurden die Inhaftierten nach monatelangen, korrekt geführten Ermittlungen zu je 10 Jahren Gefängnis verurteilt.

Die Abgesandten aus dem kommunistischen China waren eindeutig der subversiven Tätigkeit für Peking überführt worden. Das Beweismaterial gegen diese Neun eröffnete zusätzlich einen tiefen Einblick in die Strategie und Taktik der chinesischen Kommunisten, nicht nur in Asien, nicht nur auf dem afrikanischen Kontinent, sondern in verstärktem Maße auch auf dem südamerikanischen Subkontinent Boden zu gewinnen, Ansätze demokratischer Entwicklungsformen zu zerstören und schließlich - auf den Schleichwegen der Infiltration, der Aufweichung, der Spionage und Sabotage und des kommunistischen Guerillakampfes - politische Macht zu erlangen.

Als General Branco vor etwas mehr als einem Jahr nach einer kurzen Revolution Präsident Brasiliens wurde, übernahm er sowohl viele Hypotheken des Ancian-Regimes, als auch viele schwere Aufgaben auf politischem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet. Branco hatte sich von Anbeginn seiner Regierungstätigkeit an mit einer starken, vor allem von Peking inspirierten und gelenkten kommunistischen Aktivität sowohl im eigenen Lande als auch in Lateinamerika auseinandersetzen.

Die Aufdeckung und gerichtliche Ahndung der subversiven Tätigkeit der neun chinesischen Kommunisten war nicht nur ein gelungener Gegenschlag, sondern auch eine Mahnung für alle demokratischen Kräfte Lateinamerikas, wachsam zu sein und trojanischen Pferden keinen Einlaß zu gewähren.

Vor wenigen Tagen nun wurden die neun verurteilten Rotchinesen "unehrenhaft" aus Brasilien ausgewiesen. Nicht die Proteste Pekings gegen die Inhaftierung und Verurteilung seiner Agenten und nicht das Bemühen der kommunistischen Propaganda, aus den Verurteilten Märtyrer zu machen, waren für diese Entscheidung des Präsidenten Branco ausschlaggebend. Branco handelte vielmehr mit notwendiger Härte, mit politischer Klugheit und in Erfüllung der übernommenen Aufgabe, nicht nur mit dem Kommunismus im Lande, sondern auch mit den von außen ins Land kommenden kommunistischen Agenten fertig zu werden.

Parallelen zu der Entwicklung in dem zentralafrikanischen Staat Burundi, dessen Regierung im Februar dieses Jahres die diplomatischen Beziehungen zu Peking abbrach und dessen Vertreter des Landes verwies, sind nicht zu übersehen.